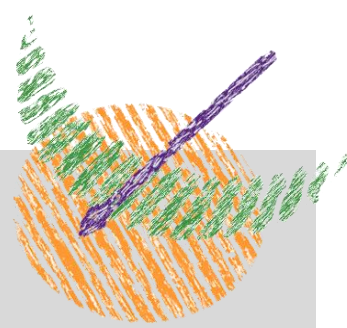


Rundbrief

für Soziale Dreigliederung

Dem freien Geistesleben verpflichtet

Nr. 44 – Dezember 2025



Inhalt

Die dringend notwendige Abschaffung des Bundeskanzlers und seines Hofstaats.....	3
Was treibt Europa gegen Russland in der Gegenwart?.....	8
Berlin: Despotie und Selbstzerstörung in der deutschen Landesgesellschaft	18

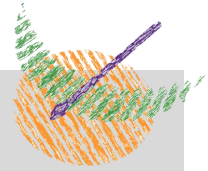
Editorial

Liebe Leser,

Darf ich für Sie ein paar Bemerkungen über unser Parteiensystem zusammenfassen, die Ihnen zunächst vielleicht banal erscheinen? Beispielsweise über das Hin- und Her, aus dem nach einer Bundestagswahl ein neuer oder alter Bundeskanzler hervorgeht, dem Regierungsmitglied mit der größten Entscheidungsbefugnis in Deutschland? Demjenigen, der in den meisten anderen Ländern Präsident oder Ministerpräsident genannt wird? Wichtig und auch fragwürdig an diesem Titel ist vor allem die Art und Weise, wie jemand dafür ausgewählt wird und wie er die damit im Zusammenhang stehende Aufgabe ausübt. In der Bundesrepublik geschieht die Auswahl des Kandidaten hauptsächlich durch eine Benennung aus Mitgliedern derjenigen Partei, die nach einer Wahl der Bürger und danach geführten Koalitionsverhandlungen die Regierungskoalition anführt, auch wenn es danach noch zu Abstimmungen im Bundestag kommt, durch welche die Personalie bestätigt wird. Welche Parteien es schaffen, ein Teil der Regierungskoalition zu sein, ist de facto eine Sache der Verhandlungspartner und braucht mit dem Willen der Wähler nicht übereinzustimmen. Das zeigte überdeutlich von 1949 bis 1998 die Rolle der FDP. Dass man diese Partei das »Zünglein an der Waage« nannte, war eine Verniedlichung ihrer Rolle als Kanzlermacher, denn diese drittstärkste Partei bestimmte jeweils, welche Partei als größte in einer Regierungskoalition

zu gelten hatte. Seit 1998 ging diese Rolle zum Teil an die Grünen über, aber an dem Prinzip änderte sich nichts. Bis es seit der ersten Kanzlerschaft der Angela Merkel nur noch gelang durch eine sogenannte Große Koalition der beiden traditionell als größte Parteien geltenden Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zu regieren. Inzwischen aber ist offenbar, dass diese beiden Parteien gar nicht mehr die beiden größten Parteien sind und so heißt unsere derzeitige Koalition aus diesen beiden die schwarz-rote Koalition. Immer mehr werden diese Wahlen als Farce offenbar, das »Bäumchen wechsel dich« nach der Wahl ist entscheidend, nicht die Wahl. In ähnlicher Manier haben im November 2025 bei der Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen im ersten Wahlgang die Nichtwähler mit 70,7% die überragende absolute Mehrheit errungen. Der nun regierende Oberbürgermeister tut dieses mit einer Zustimmung von nur 12,07%¹ der Wahlberechtigten. Es zeigt sich: Das Parteiensystem verhindert geradezu eine echte Wahl und ist von Grund an auf eine dehnbare Auslegung der Ergebnisse angelegt. So ist es eben auch nicht verwunderlich, dass der Bundeskanzler wie eh und je von oben nach unten regiert und unser politisches System den Namen Demokratie nicht verdient. Lesen Sie, wie Herbert Ludwig ab Seite 3 beschreibt wie das »Parteiensystem [...] sich den Staat zur Beute gemacht hat«.

Terry Boardman fragt in seinem ab Seite 8 zu lesenden Artikel »Was treibt Europa gegen Russland in der Gegenwart?«, oder wie er es in seinem 2023 veröffentlichten Buch ausgedrückt hat, wie zeigt sich die »Westliche Feindschaft gegenüber Russland« (Original: »Western Hostility to Russia«)? Es geht um die Haltung eines Europas bestehend aus dem Trio Keir Starmer, Emmanuel Macron und Friedrich Merz, also des westlich geprägten Europas, hinter dem sich die Bundesrepublik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschanzt, um aus dem Fokus des nachbarlichen europäischen Argwohns herauszukommen. Wie hat sich diese Konstellation, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand, nach dem Ende des Kalten Krieges im Zuge des



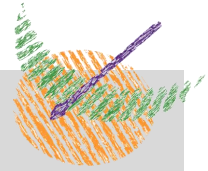
Mauerfalls weiterentwickelt? Der Osten hatte den Kalten Krieg verloren, die UdSSR zerfiel, Jugoslawien zerfiel, aus der EWG wurde die EG und später die EU, die NATO aber blieb. Warum? Terry Boardman schildert einige Eckpfeiler der langfristig betriebenen anglo-amerikanischen Strategie und nennt entsprechende Veröffentlichungen: die Wolfowitz-Doktrin, die Bush-Doktrin, Veröffentlichungen zwischen 1992 und 2007 im *Economist* mit Projektionen für den Geschichtsverlauf im 21. Jahrhundert, die Veröffentlichungen des US Bürgers mit polnisch-katholischen Wurzeln, Zbigniew Brzezinski, aus dem Jahre 1997, einem Bericht der RAND Corporation aus dem Jahre 2019, einem Artikel aus *The Atlantic* von 2022 und einem Bericht der BBC von 2024. Die jüngeren Veröffentlichungen schildern eine Strategie, die darauf abzielt, Russland durch Überforderung zu schwächen und die zur Wendezeit 1989–1991 angestoßene Entwicklung Russland zu zersplittern, weiterzuführen. Russland wurde der Kolonisierung bezichtigt und es wurde befunden, Gebiete wie die Ukraine hätten sich aus dieser Kolonisierung befreit. Haben wir es hier aber nicht eher mit einem fortgeführten Wilsonismus² zu tun, mit einem künstlichen »Nation-building«³ zugunsten einer Rivalität zwischen neu definierten Gruppen, die ehemals friedlich zusammengelebt haben? Dieses »Ausnutzen ethnischer Spannungen« als »übliche britische Praxis, die sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lässt«, »um große Staaten zu zerschlagen« und den eigenen neokolonialistischen Einfluss sogar auf Russland hin auszuweiten, gelang in der Nachwendezeit, als etliche vorherige Sowjetrepubliken aus der Russischen Föderation ausschieden. Rudolf Steiner hatte an die Stelle der Zersplitterung von Einheitsstaaten die Soziale Dreigliederung setzen wollen. Terry Boardman führt noch einige weitere Protagonisten an, die im Laufe der Zeit eine wichtige Rolle spielten oder sich zur Geopolitik zu Wort meldeten, darunter den Kopf der selbsternannten geheimen anglo-amerikanischen Elite, Alfred Milner,⁴ und seinen Berater Halford Mackinder,⁵ den britischen Okkultisten Charles George Harrison, den US-Amerikaner George Friedman und Andrea Bosco, Dozent an der »Scuola di Scienze Politiche« in Florenz und Gründer der »Lothian Foundation«. Terry Boardman geht davon aus, dass sich an der britischen und auch an der amerikanischen Strategie bis heute nichts geändert hat.⁶

Ab Seite 18 berichtet uns Martin Barkhoff über Vorgänge, die sich zwischen der Anthroposophischen Gesellschaft in Stuttgart, der deutschen Landesgesellschaft, und dem Geschäftsführer des Arbeitszentrums Berlin, Armin Grassert, abspielen. Barkhoff unterscheidet zwischen der Kundenanthroposophie, die gern die »öffentlich geforderte Gesinnung durchsetzen« möchte und der Erkenntnisanthroposophie, die sich weiterhin mit den echten anthroposophischen Aufgaben befassen möchte, und öffentlich geforderte Glaubenssätze als Grundannahmen für ein freies Denken nicht akzeptieren kann. »Es geht in Berlin um das Herz und den Geist der anthroposophischen Arbeit – in ganz Deutschland«, ermahnt uns Barkhoff. Und da die Anthroposophische Gesellschaft eigentlich den Kern derjenigen ausmachen sollte, die sich für die Soziale Dreigliederung einsetzen, geht es auch um die Fähigkeit jener Gesellschaft dieser Aufgabe gerecht werden zu können – oder eben nicht.

Karin Ghion-Hamadu
für das Redaktionsteam vom
Rundbrief für Soziale Dreigliederung

Anmerkungen:

- 1 Diese Prozentzahl ergibt sich, wenn man die Nichtwähler in die Rechnung einbezieht, was bei dem offiziell verkündeten Ergebnis nicht geschieht. Gewählt haben 29,3%; davon entfielen 41,2% auf den Kandidaten der CDU. 41,2% von 29,3% sind aber nur 12,07%. Siehe hier die Ergebnisse des ersten Wahlgangs: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/warum-haben-so-wenige-menschen-in-ludwigshafen-gewaehlt-100.html>. Die Zustimmung fällt wenig höher aus, wenn man die Ergebnisse der Stichwahl zugrunde legt. Bei einer Wahlbeteiligung von 24,1% erhielt der jetzige Oberbürgermeister 58,5% und regiert demzufolge mit einer Zustimmung von 14,1%. Siehe hier die Ergebnisse der Stichwahl: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/ob-stichwahl-blettner-cdu-gewinnt-in-ludwigshafen-100.html>.
- 2 Rudolf Steiner zum Wilsonismus: siehe Rudolf Steiner, 1989. *Die geistigen Hintergründe der sozialen Frage*, III: *Soziales Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis*, Vorträge vor Mitgliedern der Anthroposophischen Gesellschaft, GA 191 (3. Auflage, 1. Auflage 1972), »Vierter Vortrag, Dornach 10. Oktober 1919«, S. 82/83
- 3 *Nation-building* kann nicht nur als eine Entwicklung, die von einer Menschengruppe mit einer gemeinsamer Sprache und Kultur selbst ausgeht, beobachtet werden, sondern wird auch bewusst von außen gesteuert. Auf dass es noch mehr Ethnien gebe, denen ein kollektives sogenanntes Selbstbestimmungsrecht der UN zugesprochen werden kann und die sich infolgedessen bekämpfen können anstatt sich zu verbrüdern.



4 Siehe dazu: Gerry Docherty und James MacGregor. 2023. *Verborgene Geschichte: Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte*, Rottenburg: Kopp Verlag (6. Auflage; 1. Auflage 2014; englische Originalausgabe 2013 als *Hidden History: The Secret Origins of the First World War*, Edinburgh–London: Mainstream Publishing); James MacGregor und Gerry Docherty. 2019. *Der Krieg, der nicht enden durfte: Wie das Anglo-Amerikanische Establishment den Ersten Weltkrieg absichtlich in die Länge zog*, Rottenburg: Kopp Verlag (1. Auflage; englische Originalausgabe 2018 als *Prolonging the Agony: How the Anglo-American Establishment Deliberately Extended WWI by Three-and-a-Half Years*, Waltherville, OR: Trine Day). Docherty und MacGregor berufen sich zu einem großen Teil auf die Darstellung von Carroll Quigley, der den Begriff »Anglo-American Establishment« geprägt hat. Zur »rätselhaften Rezeption« Quigleys, der an der Georgetown University in Washington auch ein Lehrer von Bill Clinton war und zu dem von ihm geschilderten Milieu selbst Kontakt hatte, siehe insbesondere die Seiten 19–22 bei Andreas Bracher. 2011. »Einleitung des Herausgebers« in Carroll Quigley, *Katastrophe und Hoffnung: Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit, eine Auswahlausgabe*, übersetzt, eingeleitet und kommentiert von Andreas Bracher. Basel: Perseus Verlag, S. 11–28. (5. Auflage; 1. Auflage 2006, vollständige englische Originalausgabe 1966 als *Tragedy and Hope: A History of the World in Our Time*, New York, NY: The Macmillan Company; London: Collier-Macmillan). Siehe auch Carroll Quigley. 1981. *The Anglo-American Establishment: From Rhodes to Cliveden*. New York, NY: Books in Focus.

5 Von Mackinder stammt die oft erwähnte Herzland-Theorie, nach der eine Verbindung der mitteleuropäischen Länder mit Russland im Interesse Großbritanniens unerwünscht sein muss. Siehe: Halford J. Mackinder 1904. »The Geographical Pivot of History («Der geographische Drehpunkt der Geschichte»). *The Geographical Journal*, (Vol. 23 Nr. 4), 421–437.

6 Interessant dazu sind auch Meldungen vom Anfang Dezember 2025, die einen Abbruch der Kommunikation zwischen Bundeswehr und Pentagon beklagen, wie u. a. die *Frankfurter Rundschau*, der *Stern* und *Yahoo*, gestützt auf einen Bericht von *The Atlantic*. Siehe:

<https://www.fr.de/politik/bundeswehr-general-freuding-pentagon-bricht-kontakte-zu-deutschem-verteidigungsministerium-94066061.html>;

<https://www.stern.de/politik/ausland/bundeswehr-general-warnt-kontakt-zum-pentagon--wirklich-abgebrochen--36922680.html>;

https://de.nachrichten.yahoo.com/kontakt-nur-%C3%BC-umwege-bundeswehr-112140717.html?guce_referrer=aHR0cHM6Ly9kdWNrZHVja2dvLmNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAGdz5SWNzsU-TiRrCfJ9CTnGa_yYGnj2Zu-rh-9xTRxyQbw919jYtDORUmF8T92Qo_wKiq2CqoDdJ9InwL9Z9nTSOkO7Qb2nYQv3hpQCmwdTVbqRMvZZX5uBPZrpfxf8ddZQGwsLMtKr84_AgsGNFRReJvwMJFAYGgN9FYoz00aO&guccounter=2.

* * *

Die dringend notwendige Abschaffung des Bundeskanzlers und seines Hofstaats

Die Forderung ist ernst gemeint. Wir haben gerade wieder eine Wahl der Abgeordneten zum Bundestag hinter uns, von denen sich nach einem beispiellosen Machtkampf von Lügen und Täuschungen ein Parteienvertreter zum neuen Bundeskanzler hat wählen lassen. Sicher, die Vorgänge sind vielfach scharf kritisiert worden, aber Existenz und Herrschaftskompetenz eines Kanzlers und seiner Minister als solche werden von kaum jemandem infrage gestellt. Eine solche Regierung ist eine so tief gewohnte, selbstverständliche Einrichtung auch eines demokratisch genannten Staates, dass man sich das gar nicht anders vorstellen kann. – Doch wie unterscheidet sie sich von der Herrschaft eines Monarchen mit seinem Hofstaat?

Herbert Ludwig

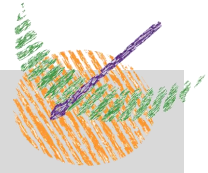
FASSADENKRATZER

Blicke hinter die Oberfläche des Zeitgeschehens

Erschienen am 20. Juni 2025 auf FASSADENKRATZER (<https://fassadenkratzer.de/2025/06/20/die-dringend-notwendige-abschaffung-des-bundeskanzlers-und-seines-hofstaats/>)

Natürlich war es eine demokratische Errungenschaft, als der absolute Monarch in seiner unbeschränkten Macht durch eine Verfassung beschränkt wurde und seine Macht mit einem Parlament teilen musste. Aber es war noch keine Demokratie. Dieser konstitutionelle Monarch herrschte ja weiter – wenn auch an Verfassung und die Gesetze des Parlaments gebunden – mit den von ihm ernannten Ministern seines Hofstaates über das Volk. Er gab den Menschen weitgehend vor, wie sie in allen Lebensbereichen zu handeln haben.

Doch das Streben der Menschen nach Freiheit und Demokratie ließ nicht locker. Sie empfanden, dass heute alle Menschen gleich und frei sind, und es eine Anmaßung ist, wenn sich noch immer Einzelne aus Tradition über alle anderen erheben und ihnen von oben vorschreiben, wie sie zu leben und zu handeln haben. Man wollte mindestens mitbestimmen, nicht nur beim Entstehen der Gesetze, sondern auch bei der Regierung, und man wollte sie auch wieder davonja- ▶



gen können. So wurde der Herrscher kraft Erbfolge abgeschafft und die Republik eingeführt.

Die verkappte Monarchie

Doch dass es noch immer neben den notwendigen Gesetzen zum Schutz der körperlichen, seelischen und geistigen Integrität und Sicherheit der Bürger, die das Recht ausmachen, auch Gesetze für das rechte Handeln in der Wirtschaft und in der Kultur mit dem Bildungswesen geben müsse, konnte man sich nicht anders vorstellen. So trat in der Republik an die Stelle des Monarchen der gewählte Präsident, wie in Frankreich, den USA und auch Russland z.B., der seine Minister bestimmt und auch der höchste Repräsentant des Staates nach außen ist. Seine Macht ist aber im Grunde die gleiche geblieben wie die des konstitutionellen Monarchen, nur dass er vom Volk gewählt wird und anders heißt. Frankreich insbesondere ist dem Wesen nach noch immer eine zentral gelenkte konstitutionelle »Monarchie«.

Im heutigen Deutschland teilt sich das Amt des Königs auf in den Bundeskanzler, der seine Minister auch aus dem parteipolitischen »Hofstaat« ernennt, und den Bundespräsidenten, der den höchsten Repräsentanten des Staates nach außen darstellt, aber selbst keinerlei Macht hat; er ist eine Art »Begrüßungs-August« für hohe Staatsgäste und machtlose »Kühlerhauben-Figur der Staatskarosse«, die von anderen gesteuert wird. Seine einzige »Macht« liegt in seinen Worten und Appellen, und er kann einem Gesetz seine notwendige Unterschrift versagen, wenn er verfassungsrechtliche Bedenken hat.

Der Unterschied der »demokratischen Republik« zur konstitutionellen Monarchie besteht allein darin, dass die Bürger ihre Abgeordneten und durch diese ihre Herrscher immer wieder neu wählen können. Dies wird als eine demokratische Mitbestimmung suggeriert. So wird jede Wahl der Abgeordneten, deren parteipolitische Zusammensetzung zugleich den Bundeskanzler vorbestimmt, in den Medien als ein Hochfest der Demokratie zelebriert. Doch die Herrschaft Einzelner über alle anderen bleibt auch dann eine Herrschaft, wenn man sich die Herrscher wählen kann. Die Wahl ist de facto ein mediales Fest des Systems über die erneute Befestigung der Herrschaft eines verkappten (konstitutionellen) Monarchen mit seinem Hofstaat über das Volk.

»Im Wahllokal kriecht das Volk den Politikern zu Kreuze.« (Thomas Böhm)

Man kann hier nicht einwenden, die gewählten Abgeordneten des Volkes seien ja das oberste Organ, das den Kanzler wähle und dem er auch verantwortlich sei. Durch das Parteiensystem sind Legislative und Exekutive in der Hand einer Partei oder Parteien-Koalition, die Gewaltenteilung ist dadurch aufgehoben. Die Parteispitzen haben das Sagen, sie übernehmen die wirkmächtige Regierung und bereiten in ihren riesigen Ministerien nach ihren Wünschen die Gesetzesentwürfe vor, welche die unteren Genossen im Parlament zu »beschließen« haben. Die Dominanz in diesem System hat eindeutig der Kanzler mit seinen gefügigen Ministern.

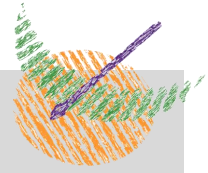
Das Demokratie zu nennen, ist eine raffinierte Verschleierung der wirklichen Verhältnisse. Nach der Wahl der Abgeordneten haben die Bürger keinerlei Einfluss mehr auf deren Entscheidungen. Sie haben ihre Stimme im wahrsten Sinne für 4–5 Jahre abgegeben, in der Wahl-Urne begraben. Die Gewählten können nun – vielfach durch falsche Versprechungen, Lügen und Täuschungen an die Macht gekommen – machen, was sie wollen. Und sie tun es auch, wie wir inzwischen wieder drastisch vorgeführt bekommen.

Abschottung vom Souverän

Die herrschende Schicht hat sich vollkommen vom Volk, dem Souverän, abgeschottet. Das zeigt sich schon darin, worauf Henry Mattheß hinweist^{1a}, dass die herrschende Parteien-Kaste das Grundgesetz jederzeit durch das Parlament nach eigenem Belieben ändern kann, das Volk aber weder ein Initiativrecht zur Änderung des Grundgesetzes hat, noch seine Zustimmung vorgeschrieben ist.

»Ein Volk jedoch, das keine direkte Verfügungsgewalt über seine Verfassung hat, ist nicht souverän. In einer wirklichen Demokratie müssen Grundgesetzänderungen auch aus dem Volk heraus einleitbar sein und immer zwingend von diesem bestätigt werden, bevor sie Rechtskraft erlangen können.«

Es bestehe keine volle Volkssouveränität, wenn die Macht nur am Wahltag bei den Wählern liege und schon am nächsten Tag wieder ausschließlich bei den Parlamentsabgeordneten der Parteien.



»Abgeordnete werden so mit der Wahl machtpolitisch zu Übergeordneten ihrer Wähler erhoben, obwohl sie nur deren Angestellte sind.«

Die »GemeinwohlLobby – Bürgerinitiative der Zukunft« ergänzt:

– »Wenn ein Volk bei wichtigen Entscheidungen nicht gefragt wird und nicht mitbestimmen kann, ist das Volk nicht der Souverän.

– Wenn das Selbstbestimmungsrecht nur auf Wahlen begrenzt wird, ist das Volk nicht der Souverän.

– Wenn ein Volk nach einer Wahl vier Jahre jedoch zum Zuschauen verurteilt ist, weil es über keinerlei Verfahren verfügt, z.B. die Regierenden auch vor Ablauf der Wahlperiode abzuwählen, ist das Volk nicht der Souverän.«

Sie hat daher einen Antrag auf ein Referendum zur Volksgesetzgebung an die Fraktionen des Bundestages gesandt. Es soll ein Ausführungsgesetz für Volksgesetzgebung durch ein Referendum beschlossen werden, das den Ablauf regelt.^{1b}

Eine solche zusätzliche direkte Demokratie durch Volksabstimmungen wäre ein wichtiger **erster** Schritt, der die heutige Macht der Regierung wesentlich einschränken würde. Aber das Ziel der Selbstbestimmung des Einzelnen wäre auch damit noch nicht voll erreicht.

Freiheit und Selbstbestimmung

Im Grundgesetz sind Jedem Freiheitsrechte garantiert, die von den Vertretern des herrschenden Systems in ihrer begrifflichen Bedeutung überhaupt nicht vollständig ernstgenommen werden. In Art. 1 steht die Unantastbarkeit der Würde des Menschen als unmittelbar geltendes Recht, und alle nachfolgenden Grundrechte sind Konkretisierungen der Würde des Menschen und machen sie aus. Wenn Art. 2 das grundsätzliche Recht jedes Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit konstatiert, wird damit vorausgesetzt, dass jeder Mündige aus eigener Erkenntnisfähigkeit auch dazu imstande ist, ohne dass ihm ein anderer wie ein Vormund vorschreiben müsste, was er tun soll. Das ist also ein wesentlicher Kern seiner Menschenwürde.

Man kann es nicht oft genug geltend machen: Führende Staatsrechtler wie der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Josef Wint-

rich beschreiben die Würde des Menschen daher wie folgt:

»Die Würde des Menschen besteht darin, dass der Mensch als geistig-sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Selbstbewusstsein und Freiheit sich selbst zu bestimmen, sich zu gestalten und sich in der Umwelt auszuwirken.«

Jeder Mensch aber kann sich und sein Leben deshalb selbst bestimmen, weil er eine eigene originäre Erkenntnisfähigkeit hat, in der er zum Bewusstsein der Welt und seiner selbst kommen kann. Darin sind heute alle Menschen gleich. Es steht kein anderer über dem einzelnen Menschen. Und ich wiederhole, was ich in einem vorigen Artikel geschrieben habe:

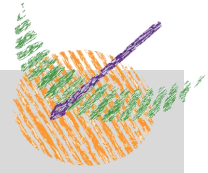
»Maßt sich einer an, aus seiner Erkenntnis einem anderen mündigen Menschen vorzuschreiben, was er tun soll, erhebt er sich über ihn und missachtet und verletzt zutiefst dessen Würde. Er behandelt ihn nicht als ein sich selbst bestimmendes Subjekt, sondern degradiert ihn zum Objekt seines Willens, wie er es mit Tieren gewohnt ist, d.h. er macht ihn sich untertan. Diese Anmaßung und fundamentale Grundrechtsverletzung begehen die Herrschenden in den heutigen »demokratischen« Staaten noch immer.

Sie bestimmen, welche Erkenntnisse über das Klima die richtigen seien, wie die Menschen heizen müssen, wie sie vor Infektionen zu schützen sind, wie sie in den Schulen zu unterrichten sind, wann sie gegen wen in den Krieg ziehen, also ihr Leben für die Herrschenden opfern müssen und auch, welche und wieviel Menschen aus fremden Kulturen sich in Deutschland unter Verdrängung des eigenen Volkes ansiedeln dürfen. Der Souverän hat nichts zu sagen. Und da inzwischen zu viele aufmucken, wird auch die Meinungsfreiheit, das existenzielle Grundrecht der Demokratie, immer mehr eingeschränkt.«¹

Das heißt, die verkappte konstitutionelle Monarchie geht zunehmend wieder in eine absolute Monarchie, d.h. aber heute in eine totalitäre Diktatur über, ohne dass der »Souverän« selbst dies innerhalb des »demokratischen Systems« verhindern könnte.

Geschichtliche Entwicklung

Fähigkeit und Bedürfnis des einzelnen Menschen nach Selbstbestimmung und Freiheit sind das bisherige Ergebnis der geschichtlichen Menschheitsentwicklung. Wir sehen, wie sich ►



der Einzelne immer mehr aus den ihm übergeordneten blutsgebundenen Gemeinschaften der Familie, Sippe, des Stammes oder Volkes herausentwickelt, um über die Gestaltung seines Lebens und des Zusammenlebens mit den anderen aus eigener Erkenntnis selbst zu entscheiden. Im antiken Griechenland lösten sich die Menschen immer mehr aus den hierarchischen Strukturen der alten Theokratien, wie sie noch in Ägypten, Chaldäa und Babylonien geherrscht hatten. Und Griechenland wurde der Ausgangspunkt der demokratischen Bestrebungen der Mitbestimmung des Menschen in allen öffentlichen Angelegenheiten.

Der stärkste Impuls für das Loslösen der Individualität von den Blutszusammenhängen ging und geht dann vom Christentum aus. Christus selbst spricht es radikal aus:

»Wenn jemand zu mir kommt und sich nicht frei machen kann von seinem Vater und seiner Mutter, von seinem Weibe und seinen Kindern, von Brüdern und Schwestern, ja sogar von seiner eigenen Seele, der kann nicht mein Jünger sein.« (Lukas 14, 25-26)

Er gibt ein Bild für die Kollektive, denen der Mensch noch untergeordnet ist. Aus allen Bindungen soll sich der Mensch lösen, ja auch von dem, was er durch sie bisher seelisch geworden ist. Er muss sich zu seinem innersten Wesen erheben, seiner geistigen Individualität, seinem Ich, das rein menschlich ist, in dem er mit allen Menschen gleich und brüderlich verbunden ist und in dem er sich durch die Erkenntnis von allen Bindungen frei machen kann. *»Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.«* (Joh. 8, 32)

Wenn es eine göttliche Lenkung der Menschheits-Entwicklung gibt, wie es sinnvoll nicht anders sein kann, dann kommt sie in der Menschwerdung des Sohnes Gottes sichtbar zum Ausdruck. Er impulsiert den Menschen mit neuen Kräften und Idealen, die von ihm ausströmen und ihn auf das vorgesehene Ziel hin weiterführen – wenn er sie aufnimmt. Die freie, sich selbst bestimmende Individualität ist ein Ziel der Menschheitsentwicklung. Aber verwirklichen kann sie nur jeder selbst.

So formulierte Rudolf Steiner bereits in seinen frühen Aufsätzen:

*»Die Menschheit strebt im Anfange der Kulturzustände nach Entstehung sozialer Verbände; dem Interesse dieser Verbände wird zunächst das Interesse des Individuums geopfert; die weitere Entwicklung führt zur Befreiung des Individuums von dem Interesse der Verbände und zur freien Entfaltung der Bedürfnisse und Kräfte des Einzelnen.«*²

Doch dazu muss die soziale Gemeinschaft und Ordnung eine Hilfe und kein Hindernis sein. War in der Vergangenheit der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet und hatte ihr und ihrem Wohlergehen zu dienen, so muss heute die Gemeinschaft dem Einzelnen untergeordnet sein und seiner Entwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung dienen.

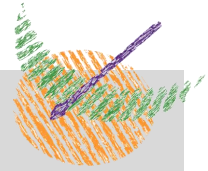
Das Entwicklungshindernis

Das bedeutet, dass es heute kein rechtmäßiges Kollektiv einer Nation mehr gibt, in dem die dort versammelten Menschen von einem verkappten Monarchen und seinem ministeriellen Hofstaat geführt und ihr Leben bestimmt werden könnte.

Die Nation als Kollektiv hat sich in lauter freie Individualitäten aufgelöst, die sich und ihr Zusammenleben selbst bestimmen wollen.

Eine solche Regierung – ob durch ein Parlament gestützt oder nicht – ist die Anmaßung weniger, sich über die anderen zu erheben und sie ihrem Willen zu unterwerfen, ihnen von oben eine staatlich organisierte Bildung, eine bestimmte Wirtschaftsordnung, digitales Geld mit schleichender Abschaffung des Bargeldes oder bestimmte Gesundheitsvorschriften im Interesse der Pharma-Industrie etc. etc. zu verordnen.

Von der Nation als politische Willensgemeinschaft ist das Volk zu unterscheiden. Das Volk liegt der Nation zugrunde, ist aber ein kultureller Begriff, der die gewachsene Gemeinschaft einer ganz bestimmten gemeinsamen Sprache, Wissenschafts-, Kunst- und Lebensweise bezeichnet. Diese wird prinzipiell immer nur von einzelnen Individualitäten hervorgebracht und vertreten und kann nicht von Führern der staatlich gefassten Nation autoritativ für alle geltend gemacht werden. Diese haben Kultur und Wirtschaft zu meist nur für ihre nationalen politischen Ziele instrumentalisiert und missbraucht. ►



Eine Regierung, welche nun auch die Interessen oder den Willen der hohl gewordenen Nation zu formulieren und gegenüber dem Ausland zu vertreten vorgibt, macht in Wahrheit ihren eigenen Willen zum maßgebenden für alle freien Individualitäten und führt sie nach ihren Interessen in freundschaftliche Beziehungen zu anderen Völkern oder in Kriege. Welch eine Hybris! Es ist die verruchte Anmaßung Einzelner, über Existenz und Schicksal der freien Individualitäten eines ganzen Volkes zu entscheiden.

Eine Regierung von Menschen über Menschen ist in einer Demokratie freier Individualitäten die Usurpation einer Macht, die ihr nicht mehr zusteht. Denn Macht macht untertan.

Eine Regierung ist das größte Entwicklungs-Hindernis des Menschen zur freien Individualität, ein übrig gebliebenes Instrument der Macht, das heute Tyrannei bedeutet. Und es wird täuschend als »unsere Demokratie« verkauft. Wir erleben es gegenwärtig hautnah.

Die soziale Ordnung freier Individualitäten

Wenn für eine Gemeinschaft freier, sich selbst bestimmender Menschen Anordnungen von oben auszuschließen sind, bleibt als soziales Gestaltungsprinzip nur die wechselseitige Vereinbarung, die freie Übereinkunft, der Vertrag. Man kann auch sagen: An die Stelle der Verwaltung von oben, der vertikalen Direktive, tritt die Selbstverwaltung, die horizontale Vereinbarung der Gleichen.

Rudolf Steiner hat darauf bereits Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Idee der »Dreigliederung des sozialen Organismus« hingewiesen. Er forderte, dass das Wirtschafts- und das Geistesleben mit dem Erziehungs- und Gesundheitswesen ganz aus dem regelnden Einfluss des heutigen Staates herausgelöst und unter die Selbstverwaltung der dort fachkundig tätigen Menschen gestellt werden müssten. Der Staat müsse ein reiner Rechtsorganismus sein, in dem alle mündigen Menschen bzw. ihre Abgeordneten im Parlament die notwendigen Gesetze zum Schutz der körperlichen, seelischen und geistigen Integrität des Menschen, also das Recht beschließen, das der inneren und äußeren Sicherheit dient.³

Eine von oben die Menschen beherrschende Regierung kann es in diesem sozialen Organis-

mus nicht mehr geben. Der Begriff »Regierung«, der von lat. rex, regis = König abgeleitet ist, verliert überhaupt seine Bedeutung. Es werden nur wenige Ministerien wie das Justiz-, Innen-, Verteidigungsministerien übrigbleiben, die allein (lat. ministrare = dienen) ausführende, dienende, aber keine herrschenden Funktionen haben.

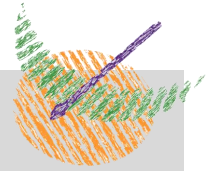
Nach außen wird der Staat nur Angelegenheiten des Rechtslebens im Verkehr mit dem Ausland vertreten. Die Organisationen des Geistes- und des Wirtschaftslebens werden für ihren Bereich je eigene Außenbeziehungen unterhalten.

Höchste Dringlichkeit

Die Einführung der Dreigliederung des sozialen Organismus ist von höchster Dringlichkeit. Die Herrschaft der Regierung und ihrer Gefolgsleute im Parlament bildet nicht nur institutionell ein gewaltiges Hindernis für die Entfaltung der freien Individualität, selbst wenn es sich um Menschen guten Willens handelte. Dieses Machtinstrument bietet auch Unfähigen und Böswilligen die Möglichkeit, gezielt gegen die Interessen des gutgläubigen Volkes zu arbeiten. Das Parteiensystem, das sich den Staat zur Beute gemacht hat, ist ein Reservoir, aus dem vielfach die Schlechtesten rasch an die Macht kommen können, was manchen aufmerksamen Beobachter zur Erkenntnis geführt hat, dass wir im Grunde schon in einer Herrschaft der Schlechtesten, Unqualifiziertesten und Skrupellosesten, in einer Kakistokratie leben.

Diese Sorte von Herrschern ist international in überstaatlichen Organisationen wie EU, UN, WHO, NATO, WEF, IWF etc. und in Geheimgesellschaften⁴ untereinander vernetzt. Pandemien z.B. oder Kriege werden in solchen globalen Zirkeln gezielt vorbereitet und national von Gefolgsleuten und Vasallen durchgeführt, wie wir erlebt haben.⁵

Dies deutet die ungeheure Dimension an, die mit der Herrschaft Weniger als Regierungen verbunden ist. Und wir erleben den international inszenierten Ukraine-Krieg, den barbarischen Vernichtungs-Krieg der israelischen Regierung in Gaza und die neue Kriegstreiberei auch des deutschen Bundeskanzlers mit seinem Hofstaat, der mit Lügen⁶ und mit Hilfe der verlogenen Medien-Huren die Bevölkerung wieder kriegstüchtig machen will. Es ist der finstere Wahnsinn!



Alle Menschen sind aufgerufen, sich aufklärend für die Einführung der sozialen Dreigliederung als **wahres** demokratisches System für freie, selbstbestimmte Bürger einzusetzen und dieser menschenfeindlichen Herrschaft der Regierung auf friedlichem Wege ein Ende zu setzen – bevor es wieder mal zu spät ist.

Anmerkungen:

- 1a <https://fassadenkratzer.de/2025/03/27/das-ausschalten-des-souverans-durch-das-instrument-des-parteiensystems/>
- 1b <https://fassadenkratzer.de/2025/06/04/ein-volk-ohne-volksabstimmungen-ist-nicht-der-souveran/>
- 1 <https://fassadenkratzer.de/2025/05/09/verhohnt-enteignet-kontrolliert-die-verachtung-der-burger/#more-17111>
- 2 Rudolf Steiner: Gesammelte Aufsätze GA 31, S.255f.
- 3 Vgl. näher z.B.:
 - <https://fassadenkratzer.de/2025/04/10/das-dramatische-verhangnis-des-noch-immer-etablierten-obrigkeitsstaates/>
 - <https://fassadenkratzer.de/2021/09/29/der-vormundschaftliche-staat-von-der-notwendigkeit-seiner-allmacht-zu-brechen/>
 - <https://fassadenkratzer.de/2021/10/05/zur-dringenden-entmachtung-des-systems-der-umfassenden-herrschaft-weniger/>
 - <https://fassadenkratzer.de/2025/04/24/nur-der-souveran-selbst-konnte-krieg-beschliessen-niemand-sonst/>
- 4 <https://fassadenkratzer.de/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/>
 - <https://fassadenkratzer.de/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/>
- 5 <https://fassadenkratzer.de/2020/10/23/die-pandemie-die-zuvor-von-den-eliten-geprobt-wurde/>
 - <https://fassadenkratzer.de/2020/10/29/die-globale-planung-einer-corona-grippe-zur-pandemie-aufzublasen/>
- 6 <https://fassadenkratzer.de/2024/06/07/in-wahrheit-fuehrt-die-ukraine-einen-angriffs-krieg-gegen-russland/>

* * *

Hinweis



* * *

Was treibt Europa gegen Russland in der Gegenwart?

Vortrag von Terry Boardman vom 26. April 2025 (er wurde in Abwesenheit des Autors am Europäer-Samstag vom 26. April von Bettina Volz und Thomas Meyer vorgelesen).

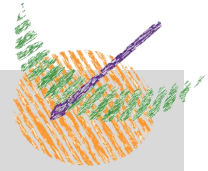
Dieser Artikel ist erschienen in der Zeitschrift **DER EUROPÄER** Jg. 29 / Nr. 7/8 / Mai/Juni 2025 (<https://perseus.ch/der-europaer/europaer-archiv>).

Terry Boardman

Liebe Freunde, bitte entschuldigen Sie, dass ich nicht persönlich hier dabei sein kann, um diesen Beitrag zum Europäer-Samstag selbst vorzutragen. Ein plötzlicher gesundheitlicher Notfall hat es erforderlich gemacht, dass ich zu dieser Zeit in England bleibe. Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob meine Krankheit wirklich ernst ist. Ich hoffe, dass dies bis zum Ende dieses Monats oder am Anfang des nächsten Monats klar wird. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Tagung und hoffe, dass wir uns irgendwann einmal in Arlesheim wiedersehen werden.

Was also treibt Europa in der gegenwärtigen Situation gegen Russland? In meinem letzten, 2023 erschienenen Buch »Western Hostility to Russia« (Westliche Feindseligkeit gegenüber Russland) habe ich den tieferen historischen Hintergrund des aktuellen Konflikts in der Ukraine erörtert, der bis ins späte 18. Jahrhundert zurückgeht. Aber wir alle wissen, dass die aktuelle Phase des langjährigen Kampfes zwischen Russland und dem Westen, insbesondere den englischsprachigen Ländern, auf das Ende der UdSSR im Jahr 1991 und in jüngerer Zeit auf den inszenierten Maidan-Putsch in Kiew im Jahr 2014 zurückgeht. Seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus im Januar dieses Jahres und seinen anschließenden dramatischen Taten sagen viele, dass eine neue Ära des Weltgeschehens angebrochen ist. In der Tat kehrte Trump 33 Jahre nach Januar 1992 ins Weiße Haus zurück. Es war das erste Jahr der neuen Ära nach dem Kalten Krieg und die Zeit, in der auch die Internet-Ära begann. Es war auch eine neue Epoche der inner-slawischen Kriege.

Einige Monate zuvor hatte der Zerfall Jugoslawiens begonnen; der kroatische Unabhängigkeitskrieg war im Januar 1992 schon im Gange, und der Bosnienkrieg kam im April dazu. Am



7. Februar 1992 unterzeichneten die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften den Vertrag von Maastricht, den Gründungsvertrag der EU; 1992 war in Europa das Jahr der Debatten und Referenden über diesen Vertrag. 1993 nahmen die EU und der europäische Binnenmarkt ihre Arbeit auf. 1992, vor 33 Jahren, stellt also der Beginn einer »neuen Ära« in Europa schlechthin dar. Der Vertrag von Maastricht aber sah kein neues europäisches Militär vor. Es wurde immer noch so getan, als sei die EU nur ein wirtschaftliches Gebilde. Heute jedoch, wo die EU eine Währung, eine Zentralbank, eine Flagge, ein Parlament, eine Regierung (die EU-Kommission), einen Präsidenten und einen De-facto-Außenminister sowie eine De-facto-Verfassung hat (den Lissabon-Vertrag), fehlt ihr immer noch ein eigenes Militär. Dieser Mangel wird von den EU-Eliten als Reaktion auf den Ukraine-Konflikt und das Vorgehen der Trump-Administration demnächst behoben werden.

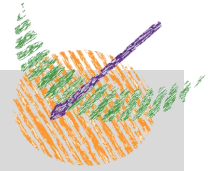
Seit 1949 wurden von der NATO, von den anglo-amerikanischen Eliten, die die NATO gegründet und dominiert haben, und von den Eliten in Europa, die den transatlantischen Elitenstrukturen verpflichtet sind, zunächst nur *einige*, heute aber fast *alle* Staaten und Bevölkerungen Europas gegen Russland aufgehetzt. Der erste Generalsekretär der NATO, der britische General Hastings Ismay, sagte, die NATO sei gegründet worden, um »die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten«. Doch 1992 wurde die NATO nicht aufgelöst, wie es beim Warschauer Pakt der Fall war. Warum wurde sie nicht aufgelöst? Aus dem einfachen Grund, weil die westlichen Eliten Russland immer noch als potenziellen, wenn nicht gar als tatsächlichen Feind betrachteten – weil Russland trotz seiner schrecklichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Schwächen in den 90er Jahren immer noch eine Atommacht mit einem großen Atomwaffenarsenal war. Viele Menschen in den neuen unabhängigen, ehemaligen Sowjetblockländern Osteuropas, vor allem die Balten, Polen und Tschechen, hassten und fürchteten die Russen nach 40 oder 50 Jahren Knechtschaft und sie haben diese Gefühle immer noch. Die Führerschaften dieser Länder spielten daher den anglo-amerikanischen Eliten in die Hände, die bereit waren, einen langen strategischen Feldzug gegen Russland zu führen. Dieser Feldzug, so hofften sie, sollte schließlich zum Zerfall der Russischen Föderation, zur Ausbeutung ihrer enormen Ressourcen durch den Westen und

schließlich zur Eingliederung eines europäischen Rumpfstaaes Russland in die von den USA dominierte EU führen.

Drei Dokumente

Dies geht aus drei Schriftstücken aus den Jahren 1992–1997 hervor. Das erste war ein internes Pentagon-Dokument, das unter dem Namen von Paul Wolfowitz, dem damaligen Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, herausgegeben wurde. Es wurde am 18. Februar 1992 als Dokument »Defense Planning Guidance for the 1994–1999 fiscal years« (Leitlinien für die Verteidigungsplanung für die Haushaltsjahre 1994–1999) herausgegeben. Es zirkulierte im Pentagon, wurde aber am 7. März 1992 der *New York Times* zugespielt. Es wurde bald als die »Wolfowitz-Doktrin« bekannt und machte deutlich, dass die USA die unipolare Weltmacht zu sein beabsichtigten, und keine Rivalen dulden würden. Nach umfangreicher Kritik und Beschwerden in den Medien und der politischen Welt wurde diese »Wolfowitz-Doktrin« etwas abgeschwächt. Viel von ihrem Geist fand jedoch später Eingang in die Außenpolitik der Regierung von George W. Bush, deren Außenpolitik von NeoCons wie Wolfowitz dominiert wurde. Dieser Geist blieb im Wesentlichen auch in den folgenden drei Regierungen von Obama, Trump und Biden erhalten. Senator Edward M. Kennedy beschrieb die »Bush-Doktrin« als »einen Aufruf zum amerikanischen Imperialismus des 21. Jahrhunderts, den keine andere Nation akzeptieren kann oder sollte.« In Bezug auf Russland hieß es in Wolfowitz' ursprünglichem Dokument von 1992:

»Wir erkennen weiterhin an, dass die konventionellen Streitkräfte der Staaten, die früher die Sowjetunion bildeten, zusammengenommen das größte militärische Potenzial in ganz Eurasien besitzen; und wir schließen die Risiken für die Stabilität in Europa nicht aus, die von einer nationalistischen Gegenreaktion in Russland oder den Bemühungen um die Wiedereingliederung der neuen unabhängigen Republiken der Ukraine, Weißrusslands und möglicherweise anderer in Russland ausgehen ... Wir müssen jedoch bedenken, dass der demokratische Wandel in Russland nicht unumkehrbar ist und dass Russland trotz seiner derzeitigen Schwierigkeiten die stärkste Militärmacht in Eurasien und die einzige Macht in der Welt bleiben wird, die in der Lage ist, die Vereinigten Staaten zu vernichten.«



Diese Passage wurde in der späteren Veröffentlichung vom 16. April 1992 weggelassen, in der es in einem viel sanfteren Ton nur hieß: »Die USA haben ein großes Interesse an der Förderung der demokratischen Konsolidierung und der friedlichen Beziehungen zwischen Russland, der Ukraine und den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion.« Die Frage, die heute entschieden werden muss, ist, ob die Trump-Administration trotz ihrer erklärten Abneigung gegen sogenannte »ewige Kriege« und eine übermäßige Einmischung der USA in Übersee mit ihrer derzeitigen Politik gegenüber Russland und China im Wesentlichen versucht, die Wolfowitz-Doktrin der unipolaren US-Hegemonie in diesem Jahrhundert fortzusetzen, d.h. Russland zu zerschlagen und China zu besiegen.

Das zweite Dokument, das auf diese langfristige anglo-amerikanische Strategie hinwies, wurde in der Weihnachtsausgabe der britischen Zeitschrift *The Economist* vom 26. Dezember 1992 bis 8. Januar 1993 veröffentlicht. Dies entsprach übrigens genau dem Zeitraum, in dem siebzig Jahre zuvor das Erste Goetheanum zerstört worden war. *The Economist* befindet sich im gemeinsamen Besitz der Familien Rothschild und Agnelli (Besitzer von Fiat). Bei dem zweiten Dokument handelte es sich um einen Artikel mit dem Titel »Rückblick aus dem Jahr 2992 – Eine Weltgeschichte, Kapitel 13: Das katastrophale 21. Jahrhundert«, der vorgibt, die Ereignisse zwischen 1992 und etwa 2050 aus der Sicht der Zukunft, dem Jahr 2992, zu betrachten. Ich habe diesen Artikel in meinem ersten Buch *Mapping the Millennium* (1998) eingehend analysiert. Der Artikel beschrieb die Katastrophen, die in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich eintreten würden, insbesondere ein großer Konflikt, der um 2011 im Nahen Osten ausbräche. Dies führe schließlich zur Invasion Russlands durch China und durch muslimische Kräfte aus Südzentralasien, zum Zerfall Russlands und zu seiner Assimilierung durch die EU im späteren Verlauf des 21. Jahrhunderts. Zitat aus dem Artikel: »In zwei kurzen Feldzügen wurden Russlands Grenzen bis zum Ural und zu einer unsicheren Linie zurückgedrängt, die vom zentralen Ural bis zum Asowschen Meer verläuft.«

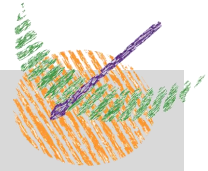
Nach diesem Artikel kam 2007 ein anderer im *Economist* heraus: »The European Union at 100 – Is the best yet to come?« (Die Europäische Union mit 100 Jahren – kommt das Beste noch?), in

einem Sonderbericht anlässlich des 50. Geburtstags der EU. Dieser Artikel prophezeite, dass Russland im Jahre 2057 in die EU aufgenommen würde. Zitat: »Manche sagen, es [Russland] sei zu groß, zu arm und nicht europäisch genug für einen Beitritt. Aber jetzt [2057], wo der Zar symbolisch wiederhergestellt ist, hat Russland eine tadellose demokratische Regierung. Ein früherer Zar hat Europa vor fast 250 Jahren vor Napoleon gerettet. Es wäre angebracht, den Jahrestag zu begehen, indem man Russland wieder in den europäischen Schoß aufnimmt.«

Dieser Zar war Alexander I., der sein Bündnis mit Napoleon brach und sich auf die Seite Großbritanniens stellte, obwohl der britische Botschafter an der Ermordung von Alexanders Vater Zar Paul im Jahr 1801 verwickelt gewesen war.

Das dritte Dokument, das die langfristige anglo-amerikanische Strategie gegenüber Russland skizziert, war natürlich Zbigniew Brzezinskis *Grand Chessboard* (Das Große Schachbrett), das 1997 veröffentlicht wurde. Brzezinski, der aus einer aristokratischen polnischen katholischen Familie stammte, war natürlich kein Freund Russlands. Der Untertitel seines Buches ist aufschlussreich: Amerikanische Vorherrschaft und ihre geostrategischen Imperative. Dem Buch ging ein Artikel in der Septemбераusgabe 1997 der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* (Bd. 96, Nr. 5) voraus. Dieser Artikel enthält eine Karte von Eurasien im 21. Jahrhundert, in der das »konföderierte Russland« in drei Teile unterteilt ist: Europäisches »Russland«, »Sibirien« und »Fernöstliche Republik«. Europa wird als »atlantisches Europa« dargestellt, und umfasst auch die Ukraine und die Türkei. Im *Grand Chessboard* wird Russland nur eine Möglichkeit (Option) für die Zukunft gegeben, nämlich sich »dem transatlantischen Europa der sich erweiternden EU und NATO anzuschließen« (S.118), denn, so Brzezinski: »Ein russischer Atatürk ist nicht zu sehen«. Das war 1997, drei Jahre, bevor Putin an die Macht kam. Vielleicht hatte Brzezinski nicht genau genug hingeschaut.

»...für Russland«, schreibt er (S.122), »ist das Dilemma der einen Alternative nicht länger eine Frage der geopolitischen Wahl, sondern eine Frage des Überlebens.« Doch zwei Seiten vorher, nachdem er den Russen gesagt hat, sie hätten nur eine Möglichkeit, nur eine Wahl, sagt er: »... es ist für den Westen, insbesondere für Amerika, ebenso wichtig, eine Politik zu verfolgen, ▶



die das Dilemma der einen Alternative für Russland weiterführt, aufrechterhält.« Übrigens gibt er »das Jahrzehnt 2005–2015 als vernünftigen Zeitrahmen für die Initiation [d.h. Einleitung] der schrittweisen Aufnahme der Ukraine« in die EU und in die NATO an. Man beachte das Wort »Initiation« hier im Englischen.

»Überforderung und Entkolonialisierung Russlands«: RAND und *The Atlantic*

Ein weiterer Beweis dafür, dass diese langfristige anglo-amerikanische Strategie zur Schwächung Russlands und letztlich zu seiner Zerschlagung weitergeht, ist der Bericht der RAND Corporation aus dem Jahr 2019: »Extending Russia – Competing from Advantageous Ground« (Überforderung Russlands – Wettbewerb auf vorteilhaftem Boden).

Dieser Bericht wurde von der US-Armee in Auftrag gegeben und untersuchte eine Reihe möglicher Mittel, um Russland zu überfordern, »die Russlands Militär oder Wirtschaft oder das politische Ansehen des Regimes im In- und Ausland belasten könnten«, d.h. Mittel, die es auf verschiedene Weise unter Druck setzen würden. Was war der Grund dafür, dass man Russland auf diese Weise schwächen wollte? Der Grund wurde auf den Seiten xi und xii des Berichts auf recht fadenscheinige Weise dargelegt:

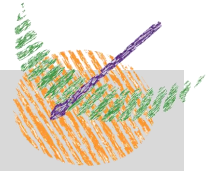
»... obwohl Russland den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten im Rahmen des Nordatlantikvertrags (NATO), wenn man sie als Ganzes betrachtet, konventionell immer noch unterlegen ist, kann es die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten mit anderen Mitteln bedrohen und tut dies auch – ohne einen konventionellen Konflikt. In der Erkenntnis, dass ein gewisses Maß an Wettbewerb mit Russland unvermeidlich ist, versucht dieser Bericht, Bereiche zu definieren, in denen die Vereinigten Staaten dies zu ihrem Vorteil tun können. Wir untersuchen eine Reihe von gewaltfreien Maßnahmen, die Russlands tatsächliche Schwachstellen und Ängste ausnutzen könnten, um Russlands Militär und Wirtschaft sowie das politische Ansehen des Regimes im In- und Ausland unter Druck zu setzen. Die von uns untersuchten Schritte ... sind als Elemente einer Kampagne konzipiert, die darauf abzielt, den Gegner aus dem Gleichgewicht zu bringen, Russland dazu zu bringen, in Bereichen oder Regionen zu konkurrieren, in denen die Vereinigten Staaten einen Wettbewerbsvorteil haben, und Russland dazu zu bringen, sich

militärisch oder wirtschaftlich zu überfordern oder das Regime dazu zu bringen, innenpolitisches und/oder internationales Prestige und Einfluss zu verlieren.« Zweifellos würden sie sich freuen, wenn das russische Regime gestürzt und durch ein den USA genehmeres ersetzt wird.

Noch näher an den heutigen Tag herangerückt ist der wachsende Ruf nach einer »Entkolonialisierung« Russlands. Ein Artikel von Casey Michel mit dem Titel »Decolonize Russia« (Russland entkolonialisieren) erschien am 27. Mai 2022 in der Elitezeitschrift *The Atlantic*. Michel stellt fest, dass 1991 der damalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney für die Zerschlagung »nicht nur der Sowjetunion und des russischen Imperiums, sondern Russlands selbst eintrat, damit es nie wieder eine Bedrohung für den Rest der Welt darstellen kann«. Cheney wurde damals von George H.W. Bush überstimmt. Michel behauptet, dass heute (2022) »der Westen das 1991 begonnene Projekt zu Ende führen muss. Er muss versuchen, Russland vollständig zu entkolonialisieren.« – »Russland ist nicht die einzige polyglotte Nation«, schreibt Michel, »die es versäumt hat, sich mit ihrem Erbe der Kolonialisierung auseinanderzusetzen.« In diesem Sinne verweist er ganz kurz auch auf China und sein eigenes Land, die USA, aber, so fährt er fort: »Russland – und genauer gesagt der russische Imperialismus – stellt die dringendste Bedrohung für die internationale Sicherheit dar. ... Russland hat den größten Krieg angezettelt, den die Welt seit Jahrzehnten gesehen hat, alles im Dienste des Imperiums. Um das Risiko weiterer Kriege und sinnlosen Blutvergießens zu vermeiden, muss der Kreml das Imperium, das er noch besitzt, verlieren. Das Projekt der russischen Dekolonisierung muss endlich beendet werden.«

Die BBC griff das gleiche Thema im Februar und Juni 2024 auf. Hier ist ein Beispiel aus einer BBC-Radiosendung vom letzten Jahr:

»Entlang der gesamten russischen Grenze, in den ehemaligen Sowjetrepubliken, hat der Krieg in der Ukraine ein neues, selbstbewussteres Gefühl der nationalen Identität ausgelöst. Sie [d.h. die Menschen in den ehemaligen Sowjetrepubliken] fragen sich, ob sie das Erbe des »russischen Kolonialismus« wirklich überwunden haben. Inzwischen bezeichnen sich auch Aktivisten der vielen ethnischen Minderheiten in Russland zunehmend als Opfer des Kolonialismus – und fordern Selbstbestimmung. Die Debatte über den »imperialen« Cha- ▶



rakter Russlands ist inzwischen auch von Strategen, Politikern und Wissenschaftlern im Westen aufgegriffen worden. Viele stellen ihre eigenen früheren »russozentrischen« Annahmen in Frage und fragen, ob die »Entkolonialisierung« Russlands der einzige Weg ist, um das Land davon abzuhalten, seine Nachbarn – und den Weltfrieden – zu bedrohen. Manche fragen sich aber auch, ob der Begriff »Entkolonialisierung« für Russland wirklich relevant ist – und was er bedeutet. Geht es darum, die »imperiale Mentalität« seiner Machthaber – und vielleicht jedes gewöhnlichen Russen – in Frage zu stellen? Oder bedeutet es vielleicht die Zerstückelung des Landes selbst? Oder ist, wie einige behaupten, die Idee der »Entkolonialisierung Russlands« nur Teil eines Versuchs des Westens, seinen eigenen neokolonialistischen Einfluss auszuweiten?«

Steiner und Harrison

Dies ist nicht nur ein Beispiel für den Informationskrieg im frühen 21. Jahrhundert, sondern auch ein Beispiel für die übliche britische Praxis, die sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lässt: das Ausnutzen ethnischer Spannungen im Namen wohlklingender Slogans wie »Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit« usw., um große Staaten zu zerschlagen, die, aus welchen Gründen auch immer, von der britischen Elite als »unbequem« angesehen werden, damit sie durch kleinere, schwächere Staaten ersetzt werden können, die sich von Großbritannien leichter für wirtschaftliche Zwecke ausbeuten lassen. Die Briten haben dies in Südamerika, in Südeuropa, im Kaukasus, im Nahen Osten und ganz offensichtlich in Mitteleuropa mit dem Habsburgerreich vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg mehrmals getan. Rudolf Steiner beschrieb den Prozess und einige der dazugehörigen Taktiken in seinem Vortragszyklus *Zeitgeschichtlichen Betrachtungen* im Winter 1916/17 (GA 173/174).

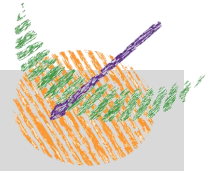
»Das russische Reich muss sterben, damit das russische Volk leben kann«, sagte der britische Okkultist Charles George Harrison (1855–1929) im zweiten von sechs bemerkenswerten Vorträgen über okkulte Prinzipien, die diese mysteriöse Persönlichkeit im Jahr 1893 in London unter dem Titel *The Transcendental Universe* (Das transzendente Universum) hielt. Steiner kannte diese Vorträge dank seines theosophischen Freundes Friedrich Eckstein.

Harrison sprach von der Zerstörung oder dem »notwendigen Tod« des russischen Reiches. Er hätte genauso gut der »russländischen Völker« oder der »Völker Russlands« sagen können. Er glaubte, damit auf ein esoterisches Prinzip der kulturellen Entwicklung hinzuweisen. Vor der Neuzeit gab es große dynastische Reiche, die aus dem Mittelalter stammten und auf individuellen Blutlinien beruhten: z. B. das russische, das österreichische und das osmanische Reich.

Im modernen nationalistischen Zeitalter wurden diese jedoch moribund und anachronistisch. Die einzelnen Völker wollten ihre eigenen unabhängigen politischen Staaten; dies war Ausdruck des Wachstums und der Entwicklung dieser Völker, die einen siebenfachen historischen Prozess durchliefen. Zumindest sah es so aus der Sicht eines *britischen* Okkultisten aus. Und es sollte berücksichtigt werden, dass eine solche absichtliche Auflösung großer, alter Imperien, um viele kleine, moderne Republiken zu schaffen, den mächtigen ausländischen Eliten wie denen in Großbritannien und Frankreich Möglichkeiten in die Hände spielen würde, dass sie die Gebiete zu neuen, größeren, künstlichen Gebilden – wie die EU – reorganisieren könnten.

Auch Rudolf Steiner empfand das österreichisch-ungarische Reich, in dem er selbst aufgewachsen war, als anachronistisch, doch anstatt es einfach in kleine, vermeintlich unabhängige Einheitsstaaten aufzulösen, wie es die britische, französische und amerikanische Regierung nach dem Ersten Weltkrieg anstrebten und auch taten, schlug er die Idee der sozialen Dreigliederung vor, eine wahrhaft mitteleuropäische Lösung, die das Habsburgerreich in eine wirklich moderne und flexible Völkerverbindung verwandelt hätte. Dadurch wären dynamische Beziehungen zwischen den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen dieser Völker möglich geworden.

In den 1890er Jahren sah Harrison das Ende des Russischen Reiches und seine Ersetzung durch eine oder mehrere sozialistische Republiken voraus, weil der nationale Charakter dieser Völker »sie in die Lage versetzen würde, politische und wirtschaftliche Experimente im Sozialismus durchzuführen, die in Westeuropa zahllose Schwierigkeiten bereiten würden.« (*Transzendentes Universum* S.99). Dies würde auch – und das ist aus der Sicht der westlichen Kapitalisten am praktischsten – dazu dienen, die Fähigkeit Russlands ►



zu verringern, mit Großbritannien und Amerika wirtschaftlich zu konkurrieren. 1914 hatte sich das Russische Reich weitgehend von seiner verheerenden Kriegsniederlage gegen Japan im Jahr 1905 erholt. – Das war ein weiterer Stellvertreterkonflikt, in dem Japan die Rolle spielte, die heutzutage die Ukraine spielt. Für Großbritannien, Frankreich und Deutschland sah es 1913 so aus, als würde Russland in wenigen Jahren eine unaufhaltsame Supermacht werden.

Aber das gilt nur für unsere gegenwärtige fünfte Epoche der Bewusstseinsseele. Rudolf Steiner beschrieb während des Ersten Weltkriegs, dass die Ziele der westlichen okkulten Bruderschaften, welche die Entwicklung der anglo-amerikanischen Gesellschaften steuerten, darin bestanden, sicherzustellen, dass die slawischen Völker in der zukünftigen sechsten Epoche nicht ihre ihnen zustehende Avantgardeposition einnehmen könnten. Stattdessen würden die anglo-amerikanischen Völker weiterhin das Weltgeschehen dominieren. Tatsächlich gäbe es keine sechste Epoche, kein Zeitalter des Geistselbst und der Vergeistigung des Ichs. Die fünfte Epoche mit ihrem Fokus auf die bloß irdische Persönlichkeit würde einfach fortbestehen. Das würde bedeuten, dass die niederen Aspekte dieser Epoche, der Materialismus und die persönliche Selbstverherrlichung des niederen Ichs, fortbestehen würden. Dies sind Eigenschaften, die Ahriman, »seinen« Zielen und seiner Inkarnation entsprechen.

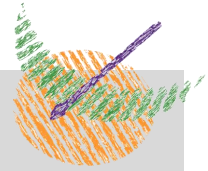
Aus den Schriften und Briefen einflussreicher Mitglieder der anglo-amerikanischen Elite wie *Cecil Rhodes* im späten 19. Jahrhundert und der Adams-Brüder in den USA, *Henry* und *Brooks Adams*, zu Beginn des 20. Jahrhunderts wissen wir, dass sie eine totale Weltherrschaft Großbritanniens (Rhodes) und der USA (die Adams-Brüder) für mindestens die nächsten Jahrhunderte anstrebten und befürworteten. Insbesondere die Adams-Brüder blickten auf Slawen und Deutsche herab und waren entschlossen, sie voneinander zu trennen und ihnen unterzuordnen: »Russen raus, Deutsche runter«, wie der britische NATO-General Ismay es später formulierte. Auch *Halford Mackinder*, der Geograph, der für Rhodes' Nachfolger *Lord Alfred Milner* arbeitete und als Begründer der anglo-amerikanischen Geopolitik im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg gilt, betonte in seinen Vorträgen und Schriften von 1904 bis 1919, wie wichtig es sei, die Deutschen und die Russen auseinander zu halten und zu verhindern, dass

sie Verbündete würden, denn genau das bildete für die anglo-amerikanische Hegemonie eine wirkliche Herausforderung. Am 4. Februar 2015 hielt der amerikanische Geostratege *George Friedman* einen Vortrag vor dem Chicago Council on Global Affairs, den es sich lohnt, von Zeit zu Zeit im Youtube wieder anzuschauen. Darin bestätigte Friedman, dass die Trennung zwischen Deutschen und Russen das Hauptziel der US-Außenpolitik im vergangenen Jahrhundert war und der Hauptgrund dafür, warum die USA zwei Weltkriege und den Kalten Krieg geführt hätten, »denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen könnte.«

Wir sollten nicht vergessen, dass in beiden Weltkriegen derselbe Mann, *Winston Churchill*, eine führende Rolle im britischen Kabinett innehatte. Der Abstammung nach war er Angloamerikaner. Seine Mutter war Amerikanerin. Im Juli 1914 diente er als Erster Lord der Admiralität und Kommandant der Royal Navy. Am 28. Juli 1914 mobilisierte er aus eigener Initiative die Royal Navy, Großbritanniens mächtigste Streitkraft, und während der angespannten Kabinettsdebatten in der letzten Woche vor der britischen Kriegserklärung im August 1914 unterstützte er Edward Grey bei dessen Argumenten für eine Teilnahme Großbritanniens am Krieg. 1940, als Premierminister, weigerte sich Churchill strikt, auf Hitlers Friedensangebote einzugehen. Er war entschlossen, seinen Krieg zu führen und das Land seiner Mutter erneut in den Krieg hineinzuziehen, wie Großbritannien es 1917 getan hatte. Großbritanniens Teilnahme am deutsch-polnischen Konflikt 1939 verwandelte diesen von einem europäischen Konflikt in einen weiteren Weltkrieg. Die Trennung der Deutschen und Russen war das genaue Gegenteil dessen, was Rudolf Steiner am 17.1.1915 in Berlin (GA 157) als für den menschlichen Fortschritt unabdingbar bezeichnete, um eine gesunde Brücke zwischen der 5. und 6. Epoche, zwischen den Völkern Mitteleuropas und Russlands zu bauen.

Hegseth und Trump

Wenn wir uns nun der »neuen Ära« Trumps im Februar dieses Jahres zuwenden, scheinen wir weitere Beweise dafür zu erhalten, dass der anglo-amerikanische Westen seine langfristigen Pläne in Bezug auf Russland fortsetzt und dass sich trotz der von Donald Trump ausgespielten scheinbaren »Joker«-Karte wohl wenig bis gar nichts geändert hat. In einer Rede am 12. Februar die-



ses Jahres in Brüssel machte der neue US-Verteidigungsminister *Pete Hegseth* deutlich, dass die USA sowohl Russland als auch China als ihre Gegner betrachten. Hegseth zufolge sieht die US-Regierung in Russland »eine Bedrohung für Europa« und »die kommunistischen Chinesen« als »einen gleichwertigen Konkurrenten mit der Fähigkeit und Absicht, unser Heimatland und unsere zentralen nationalen Interessen im Indopazifik zu bedrohen. Für die USA hat die Abschreckung eines Krieges mit China im Pazifik oberste Priorität [...] Während die Vereinigten Staaten ihre Aufmerksamkeit vorrangig auf diese Bedrohungen richten, müssen die europäischen Verbündeten eine führende Rolle übernehmen. [...] In meinen ersten Wochen als Verteidigungsminister unter der Führung von Präsident Trump haben wir vielversprechende Anzeichen dafür gesehen, dass Europa diese Bedrohung erkennt, versteht, was getan werden muss, und sich der Aufgabe stellt.

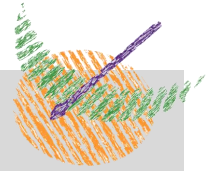
Gemeinsam können wir eine Arbeitsteilung etablieren, die unsere komparativen Vorteile in Europa und im Pazifik maximiert.« Eine Arbeitsteilung! Behalten Sie diesen Satz im Hinterkopf. Aus amerikanischer Sicht muss Amerika den Chinesen im Westen, im Pazifik, entgegentreten, und »Europa« muss den Russen im Osten, in Europa, entgegentreten. Eine gemeinsame Front gegen gemeinsame Feinde. Hegseth fuhr fort: »*Unser transatlantisches Bündnis besteht seit Jahrzehnten. Und wir gehen fest davon aus, dass es auch in den kommenden Generationen Bestand haben wird.* [...] Unsere europäischen Verbündeten müssen [...] die Verantwortung für die konventionelle Sicherheit auf dem Kontinent übernehmen. *Die Vereinigten Staaten bleiben der NATO und der Verteidigungspartnerschaft mit Europa verpflichtet. Absolut.* Aber die Vereinigten Staaten werden kein unausgewogenes Verhältnis mehr tolerieren, das Abhängigkeiten fördert. Vielmehr wird es in unseren Beziehungen vorrangig darum gehen, Europa zu befähigen, Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen.«

Das klingt doch nicht nach einem Austritt der USA aus der NATO, oder? Es erkennt auch an, dass die USA von »Europa« erwarten, »die Verantwortung für die konventionelle Sicherheit auf dem Kontinent zu übernehmen«, *nicht für die nukleare Sicherheit.* Hegseth äußerte sich außerdem folgendermaßen: »Die Vereinigten Staaten halten eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für

kein realistisches Ergebnis einer Verhandlungslösung. Stattdessen muss jede Sicherheitsgarantie durch fähige europäische und nicht-europäische Truppen abgesichert sein. Sollten diese Truppen irgendwann als Friedenstruppen in die Ukraine entsandt werden, *sollten sie im Rahmen einer Nicht-NATO-Mission eingesetzt werden.* [...] Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit muss für die europäischen NATO-Mitglieder ein Muss sein. In diesem Zusammenhang muss Europa den überwiegenden Teil der zukünftigen tödlichen und nicht-tödlichen Hilfe für die Ukraine bereitstellen. [...] Das bedeutet: Mehr Munition und Ausrüstung spenden. [...] *Die eigene rüstungsindustrielle Basis ausbauen. Und, was wichtig ist, den Bürgern das offene Reden über die Bedrohung Europas zu vermitteln.*«

Eine Schlüsselfrage lautet hier: Sind alle Aussagen Hegseths vom 12. Februar in Brüssel, die suggerieren, die US-Elite wolle den »Bedrohungen« durch Russland und China entgegentreten und sie besiegen, Trumps eigene Ansicht oder die der kriegstreiberischen Elemente um ihn herum? Ist Trump selbst ein weiterer Vertreter eines unipolaren amerikanischen Imperialismus, der wie Wolfowitz immer noch die ganze Welt beherrschen will? Oder konzentriert sich Trump eher auf die innenpolitische Lage der USA und eine isolationistische Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents? Trifft das Letztere zu, dann sind seine scheinbar bizarren Aussagen über die Übernahme Kanadas, Grönlands und Panamas aus einer eher »kontinentalistischen« als einer globalistischen geostrategischen Perspektive überhaupt nicht bizarr. Eine andere Person, die die Welt aus einer kontinentalen Perspektive betrachtete, war Elon Musks Großvater Joshua Haldeman, eine führende Figur der Technokratiebewegung (Technocracy Inc.) der 1930er und 40er Jahre – in Kanada. Tatsächlich sahen die meisten Mitglieder der Technokratiebewegung damals die Dinge so, weil sie sich mehr für Technologie und kontinentale Ressourcen als für Menschen und Nationen interessierten. Hegseths Bemerkungen tendieren noch in Richtung eines unipolaren Imperialismus. Sie implizieren, dass Amerika und seine europäischen Klientelstaaten, Russland und China *durch Arbeitsteilung* entgegentreten und, falls nötig, sie besiegen und dominieren werden.

Und sollte Europas »konventionelle Sicherheit« an der inzwischen kampferprobten und erfahrenen russischen Armee scheitern? Würden die euro- ►



päischen Eliten die Amerikaner dann nicht erneut anflehen, einzugreifen und sie zu retten? Würden die Amerikaner nicht vielleicht lieber mit Atomschlägen als mit konventionellen Waffen und Truppen reagieren? Was bliebe dann von Europa, einschließlich Großbritannien, übrig? Eine düstere Aussicht. Aber wir haben es hier mit denselben minderwertigen Führungsschichten zu tun, die Europa und Amerika 1914 und 1939 in den Krieg führten: Emanuel Macron, Friedrich Merz, Keir Starmer ... und die Falken Pete Hegseth, Mike Waltz, Mark Rubio ...? Waltz war nicht nur der erste Soldat der US-Army Spezialeinsatzgruppen, der in den Kongress gewählt wurde, er erhielt auch vier Auszeichnungen während seines Dienstes in den Spezialeinsatzgruppen bei mehreren Kampfeinsätzen in Afghanistan, dem Nahen Osten und Afrika. Er diente außerdem in der Regierung George W. Bush als Direktor für Verteidigungspolitik im Pentagon und als Berater für Terrorismusbekämpfung für Vizepräsident Dick Cheney. Spiegeln Hegseths Worte die Gedanken Trumps oder von Kräften jenseits von Trump? Die Gedanken von Trump-Gegnern? Kräfte, die Europa tatsächlich gegen Russland aufhetzen wollen? Bislang waren Trumps eigene Worte und Taten gegenüber Russland und Putin alles andere als feindselig, und anders als die von Hegseth in jüngster Zeit und Rubio in der Vergangenheit. Bisher wirkt Trump eher wie ein Mann der Prahlerei und des Getöses als ein Mann des Krieges.

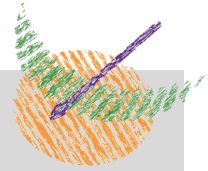
Bosco und die EU-Armee

Es gibt in Europa einige, die Hegseths Worte in Brüssel nicht beunruhigten, sondern sehr begrüßten. Das Argument für höhere Verteidigungshaushalte in den NATO-Staaten basiert auf der vermeintlichen Bedrohung Europas durch Russland – ein Land, dessen Militär seit drei Jahren die beiden Donbass-Republiken Donezk und Lugansk (ehemalige ukrainische Provinzen), die im Februar 2022 der Russischen Föderation beitraten, nicht einmal vollständig unter Kontrolle bringen konnte. Es gibt auch keinerlei Hinweise darauf, dass Putin die baltischen Staaten, Polen oder andere europäische Staaten angreifen will. Doch wenn man Kriegstreibern wie dem Briten General Sir Richard Shirreff oder der EU-»Außenministerin« Kaja Kallas zuhört, könnte man meinen, russische Panzer würden bald vor den Toren von Calais oder Boulogne stehen, ganz zu schweigen von Tallinn, Riga oder Vilnius!

Solche Ängste und Verdächtigungen werden von den Eliten der EU und der NATO und ihren gehorsamen Mainstream-Medien gezielt geschürt, um ihre Bevölkerungen in Angst und Schrecken zu versetzen und diese Ängste zu nutzen, um der EU den nächsten großen Schritt auf dem Weg zu einem Superstaat zu ermöglichen.

Juni 1940, Großbritannien und der erste Versuch, eine Europäische Union zu gründen (veröffentlicht 2016) ist der Titel eines Buches des italienischen Professors *Andrea Bosco*, Leiter der Lothian Foundation. Lothian ist der Name einer Region südlich von Edinburgh in Schottland und beherbergt den Familiensitz der Marquise von Lothian, der Familie Kerr. Die Lothian Foundation fördert die euroföderalistischen Ideen von *Philip Kerr*, dem 11. Marquis von Lothian. Er war ein führendes Mitglied des Round Table und vor 110 Jahren die rechte Hand von Lord Alfred Milner. Im Jahr von Trumps erstem Wahlsieg und dem Brexit veröffentlichte Bosco 2016 das oben erwähnte Buch *Juni 1940* ... und auf S.325 schrieb er: »In Zeiten relativer Stabilität, in denen nationale Regierungen wirtschaftliche, politische und soziale Probleme scheinbar erfolgreich lösen, können die Bewegungen für eine europäische Föderation keinen wirksamen Einfluss auf nationale Regierungen ausüben, da die öffentliche Meinung dazu neigt, die Regierungspolitik zu unterstützen. Nur in Zeiten akuter Krisen, wenn Regierungen dem Druck der Ereignisse nicht standhalten können, scheint die öffentliche Meinung bereit, eine supranationale Lösung zu akzeptieren. In diesen Krisen können die Bewegungen – sofern sie gut organisiert und einflussreich sind – Unterstützung für solche Lösungen mobilisieren und Regierungen zu ihrer Umsetzung bewegen.«

Auf YouTube ist ein Vortrag von Prof. Bosco aus dem Jahr 2014 zu hören, fast 100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo. Im Juni 2014 war Bosco Professor am Jean-Monnet-Exzellenzzentrum der Universität Florenz. Sein Vortrag fand im Rahmen eines Seminars an der Universität Riga (Lettland) vom 11. bis 13. Juni 2014 statt. Der Titel des Seminars lautete »Östliche Partnerschaft der EU, Jean-Monnet-Konferenz« und Boscos Vortrag (und das YouTube-Video) lautete: »Die Beziehungen zwischen der EU und Russland im Hinblick auf eine weitere Erweiterung der EU.« Er sprach darüber, dass die EU seiner Ansicht nach eine neue Art von Gebilde ►



sei, das Konflikte »friedlich und verfassungsmäßig« löse, nicht durch Kriege (man könnte an Jugoslawien und den Kosovo in den 1990er Jahren denken!). Für ihn bedeute das, »die dynamischste Quelle weltweiter Konflikte ... seit dem Zusammenbruch des Römischen Reiches« für immer zu stabilisieren, und zwar »das Mittelmeer«. So, sagt er, könne die EU bis 2050 auf 50 Staaten anwachsen und Syrien, Israel, Palästina und Ägypten einschließen.

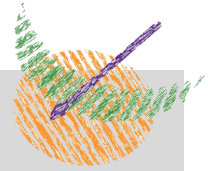
»Aber«, fährt er fort, »wir werden mit Russland aneinandergeraten. Wir werden mit Russland aneinandergeraten, weil Russland die Erweiterung dieser Union nicht begrüßen wird [...]« [Die NATO ist, wie wir uns erinnern, de facto der bewaffnete Arm eines wichtigen US-Marktes, nämlich die EU – eine Institution, die ohne die entscheidende Initiative und ständige Unterstützung der USA nicht hätte entstehen können]. Bosco geht weiter: »Ich möchte Sie an unsere Geschichte erinnern. Wir hatten einen Kalten Krieg. Ohne die Sowjetunion wären wir nie das geworden, was wir heute sind. Die USA übten enormen Druck aus, uns zu vereinen [...] Die Amerikaner hatten einen fundamentalen Einfluss auf unsere Bemühungen, uns zu vereinen – denn wir hatten einen Kalten Krieg. Und jetzt Putin. Ich halte Putin und das heutige Russland für den stärksten Faktor für die politische Einheit Europas. Wir brauchen eine politische Union. Und eine politische Union bedeutet eine Verfassung [...] Nur eine föderale Verfassung kann das erreichen. [...]«¹ Eine politische Union bedeutet auch einen politischen Staat und damit auch die Streitkräfte, die Armee dieses Staates.² Was wir derzeit in Europa im Kontext des Konflikts mit Russland beobachten, ist der Aufbau einer Armee, des Militärs dieses EU-Staates, sowie das rüstungsindustrielle und logistische Gefüge, das dieses Militär unterstützen kann. Frankreich, Deutschland und Polen werden wahrscheinlich den Großteil des Truppeneinsatzes dafür stellen, und Deutschland wird durch Friedrich Merz die meisten der besten Ausrüstungsgegenstände und die Finanzen bereitstellen. Deutschland, jahrzehntelang ein vermeintlich militärfeindlicher Staat, wird erneut militarisiert. Wieder einmal wird die wahre kulturelle Mission Deutschlands im Herzen Europas pervertiert und in die falsche Richtung gelenkt.

Rudolf Steiner betrachtete die harmonische Zusammenarbeit zwischen Mitteleuropa, insbeson-

dere Deutschland, und den Ostslawen, insbesondere den Russen, als die für die Zukunft Europas wesentliche Beziehung. Dies würde die Brücke zwischen der gegenwärtigen fünften Epoche der Bewusstseinsseele und der zukünftigen sechsten Epoche des Geistselbst schlagen – zwischen der Kultur dessen, was das höhere Ich werden soll, und der Kultur der spirituellen Gemeinschaft, der Kultur des höheren »Wir«. Stattdessen werden die transatlantischen Eliten der englischsprachigen Welt Europa seit 1812, zum fünften Mal in etwas mehr als 200 Jahren, gegen Russland aufhetzen. Und wir sollten nicht vergessen, dass einige von diesen transatlantischen Eliten nicht einmal Briten oder Amerikaner sind, es sind die europäischen Elitisten wie Merz und Pistorius, von der Leyen, Rutte, Stubb, Kallas, Tusk und Sikorski und der Rest, die sich in der Zugehörigkeit zum transatlantischen Club mehr als wohl fühlen.

Fazit

Dieser neue »große Vorstoß« hin zu einem europäischen Superstaat, der seit 1950 langsam, aber stetig voranschreitet, ist ein bedeutender Schritt – ein Schritt, den Winston Churchill in einer Rede in der Londoner Albert Hall im Mai 1947 als »unverzichtbar« bezeichnete – auf dem Weg zu einer »Welt-Superregierung« (Churchills Wort). Diese Weltregierung ist seit weit über 100 Jahren die Fantasie-Vorstellung von Freimaurern und Kommunisten. Sie ist die Schatten-seite einer spirituellen Realität, die sich in den letzten 500 Jahren herausgebildet hat: dem Bewusstsein, dass die Menschheit eine Familie ist, die im selben Haus, der Erde, lebt und sowohl von der Erde als auch vom Kosmos getragen wird. Leider ist diese Weltregierung oder dieses Weltreich auch ein »unverzichtbarer« Teil von Ahrimans Inkarnation. Ahriman treibt die Menschen in kleinlichen, gierigen und materialistischen Egoismus und fördert die Spaltung zwischen den Menschen. Aus diesem Grund betrachtete Rudolf Steiner den Nationalismus als etwas Ahrimanisches, da er die Menschheit gegen sich selbst aufhetzt. Ich hatte jedoch immer das Gefühl, dass Ahriman kein wirklicher Nationalist ist. Um ein echter Nationalist zu sein, muss man von Liebe und Leidenschaft für das eigene Volk mehr als für alle anderen erfüllt sein. Man muss von der Geschichte und Kultur des eigenen Volkes, seiner Vergangenheit, seinen Erzählungen, Mythen und Legenden, ange- ▶



zogen und beseelt sein. All dies gehört zu Luzifers Reich. Der Geist der Technologie und der Maschinen, Ahriman, will die ganze Welt als seine Bühne erobern; er ist in Wirklichkeit ein Kosmopolit, kein Nationalist, sondern ein Kosmopolit der falschen Sorte.

Ein Kosmopolit der abstrakten Sorte, der sagt: »Ich bin ein Weltbürger und unterstütze die UNO, die zum Ort der Weltregierung werden muss. Ich unterstütze ihre Gesetze, Regeln, Institutionen und Bräuche, die bis in jedes Dorf der Erde reichen müssen.« So wird die ganze Erde zum Weltreich. Nicht das Königreich Gottes sondern das Königreich Klingsors, das Königreich Ahrimans. Vor 2000 Jahren, unabhängig von seiner Kultur oder Ethnie, hätte der abstrakte Kosmopolit »Civis Romanus sum!« erklärt. Wann immer der wahre Logos dieser Welt erscheint und das »Himmelreich«, das Reich Gottes, bringt, wird sein Schatten stets neben ihm erscheinen. Vor 2000 Jahren wandelte der Logos als physischer Mensch auf der Erde in einem kleinen, scheinbar unbedeutenden Teil der Welt.

Um ihn herum war ein großer Schatten. Vor 2000 Jahren war dieser Schatten viel kleiner im Vergleich zu heute – der Schatten des Römischen Reiches. Dieses Reich kämpfte für sehr kurze Zeit, nur für ein paar Stunden eines einzigen Tages, gegen Christus. An diesem einzigen Tag verhörte es ihn, geißelte ihn, verurteilte ihn und hat ihn grausam hingerichtet.

Jahrhundertlang kämpfte dieses Reich jedoch gegen seinen Nachbarn im Osten, die persische Kultur, im Parther- und Sassanidenreich, scheiterte jedoch letztlich daran, diesen Nachbarn zu besiegen. Stattdessen wurden die beiden erschöpften Antagonisten schließlich von einer dritten Macht überwältigt, die plötzlich wie ein Wüstensturm aufstieg und sie beide überfiel. Die Römer im Osten, in Byzanz, überlebten nur knapp den Angriff.

Heute ist der Logos überall auf der Welt im ätherischen Reich der Engel anzutreffen. Der abstrakte Schatten, der dieses ätherische Christus-Phänomen begleitet, nimmt verschiedene Formen an, doch alle beziehen sich in gewisser Weise auf das, was man »Globalismus« nennen könnte, zum Beispiel die Verehrung der neuen Religion des Planeten Gaia. Weltbürgertum, Weltregierung und UNO-Verehrung sind weitere solcher Formen. Manche Brüsseler hegen sogar eine

hingebungsvolle Haltung gegenüber der EU! Das ist eine Mini-Form des Globalismus.

Diese Formen existieren in den Köpfen zahlloser Menschen rund um die Welt, besonders der sogenannten Gebildeten und der Eliten. Die heutige ahrimanische »Fantasie von einer Weltsuperregierung« ist »der Geist Roms« – wie Steiner es nannte – nur viel größer. Die EU ist der »erste unabdingbare Schritt«, wie der Fantast Winston Churchill es nannte, hin zu dieser »Weltsuperregierung«. Und um ein Imperium zu werden, ein richtiger monolithischer Staat nach dem mechanischen ahrimanischen Modell, will die EU-Elite über ein eigenes Militär verfügen. Der äußere, *nicht-europäische Faktor*, der Europa gegen Russland treibt, ist der nackte Wille zur Macht und der Wunsch nach einem Sieg über Russland der anglo-amerikanischen Elite, deren kulturelle, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Macht Europa seit über 100 Jahren dominiert. Die europäischen Eliten selbst sind so sehr in diese Verkettung verstrickt, dass sie sich innerlich nicht davon lösen können. Die Angst vor einer imaginären russischen Bedrohung ist der *innereuropäische Faktor*, der Europa oder besser seine Eliten gegen Russland treibt. Die Zyniker unter den Eliten jedoch kennen keine derartige Angst. Sie wollen lediglich die in der Bevölkerung vorhandene Angst, die von den durch die Elite kontrollierten Medien geschürt wird, ausnützen, um das Militär für ihren EU-Superstaat aufzubauen. Dieser kann dann als zweiter großer Baustein im Aufbau der »Welt-Superregierung« fungieren, nachdem, wie Lord Lothian nur zu gut wusste, die USA selbst der erste Baustein waren. Die meisten werden sich damit zufriedengeben, dass ihr EU-Superstaat die Nummer 2 hinter den USA ist, doch einige wenige werden davon träumen, dass ihr EU-Superstaat eines Tages die USA überflügeln und den Ruhm des Römischen Reiches wiederherstellen wird. Wie alle derartigen Fantasien in der Geschichte wird auch diese scheitern.

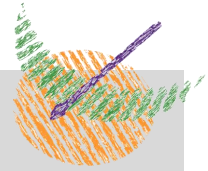
Es tut mir leid, dass ich nicht dabei sein kann, um Ihre Fragen zu beantworten, aber ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit!

Anmerkungen:

1 <https://www.youtube.com/watch?v=6U-BOPN7FRI>

2 Siehe auch <https://consortiumnews.com/2025/03/18/war-fever-grips-europe/>

* * *



Berlin: Despotie und Selbstzerstörung in der deutschen Landesgesellschaft

und ein Vorstand, der ausgedient hat

Martin Barkhoff, Oktober 2025

Dieser Artikel ist erschienen in der Zeitschrift Ein Nachrichtenblatt, 15. Jg., Ausgabe Nr. 22, 31. Okt. 2025 (<https://einnachrichtenblatt.org/>).

Wer perfiden, zusammengelogenen Rufmord betreibt, auch wenn er damit auffliegt, kann unmöglich Vorstand in einer anthroposophischen Gesellschaft bleiben. In der deutschen Landesgesellschaft muss aufgeräumt werden.

Was ist geschehen? In diesen Zeiten wieder einmal endender Geistesfreiheit ist der Vorstand der deutschen Landesgesellschaft darangegangen, auch in unserer Gesellschaft die öffentlich geforderte Gesinnung durchzusetzen. Wer ernsthaft eines der mainstream-Narrative (Klima, Gender, Corona, Kriegsnotwendigkeit und so weiter) infrage stellt, soll als initiatives Mitglied keinen Platz mehr in der deutschen Landesgesellschaft haben. Damit wird das Denken in der anthroposophischen Gesellschaft verboten.¹

Man kann das natürlich verstehen: Der Vorstand hat Angst, in dem immer unfreieren Deutschland erneut in das Fadenkreuz der Kulturzerstörer (Cancel Culture) zu geraten. Die Angsthasen möchten sich nun freikaufen, indem sie ihre tadellose Ideologie-Hörigkeit beispielhaft vorleben durch exemplarisches geistiges Vernichten eines offensichtlich nicht Narrativ-Gläubigen. Das haben sie an Armin Grassert ins Werk gesetzt.

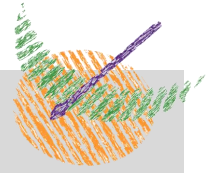
Armin Grassert ist seit 18 Jahren der erfolgreiche, beliebte, von Manchen beargwöhnte Geschäftsführer des Arbeitszentrums Berlin: weitherzig, vielfältig, nach außen einladend, nach innen suchend vertiefend. Er findet in sehr hohem Grad die Anerkennung der anthroposophisch aktiven Mitglieder. Und er ist offensichtlich nicht »narrativ-gläubig«. In dem man darangeht, Armin Grassert um Ruf und Amt zu bringen, verfährt man nach dem kommunistischen Prinzip: Bestrafe einen, belehre hundert. Wenn es gelänge, Grassert zu vernichten, dürfte wohl niemand mehr wagen, gegen den main-

stream-Stachel zu lücken. Es geht in Berlin um das Herz und den Geist der anthroposophischen Arbeit – in ganz Deutschland.

Interessenvertreter der Kundenanthroposophie, die ihr Geld weitgehend aus staatlichen oder staatskontrollierten Quellen erlangen, nahmen daran Anstoß, dass die Zeitschrift »der Auf-Merker ~ Freiheit im Geistesleben« im Rudolf Steiner Haus ausliegt, in der viele bekannte Anthroposophen schreiben, darunter Pfarrer der Christengemeinschaft. Sie fürchten, schon das könnte sie bei ihren Geldgebern in ein schlechtes Licht rücken. Von den Interessenvertretern legitimiert, führten die Stuttgarter ab März 2024 in Berlin mehrere Tribunale durch, fanden aber keine wirklich ernstzunehmenden inhaltlichen Vorwürfe gegen den Freidenker. In einem Haus für die Erkenntnisanthroposophie kann man auch einmal Menschen wie Eugen Drewermann, Andreas von Bülow, Patrick Baab oder Martin Barkhoff sprechen lassen.

Weil man ihm geistig nicht beikam, entschloss sich Stuttgart im Frühjahr zu einem klar perfiden Schritt. Man streute den Verdacht, dass in Grasserts Buchhaltung etwas nicht in Ordnung sei und dass man eine Steuerprüfung machen müsse. So wollte man ihn als wirtschaftlich untragbar hinauszuerwerfen. Für die Untersuchung federführend bestellte sich, man würde es nicht glauben, der Mann, der bereits einige anthroposophische Pleiten und Bankrotts hingelegt hat, Julian Schily. Julians Steuerleute fanden irgendetwas; man findet immer »etwas«, das man aufbauen kann. Julians angeblicher »Fund« wurde nicht geprüft. Vielmehr wurde im Herbst gestreut, gegen Grassert habe sich etwas gefunden und sofort wurden Grassert wie einem ertappten Kriminellen die Konto-Vollmachten gesperrt. Und gleich werden von Stuttgart aus zwei Zwangsverwalter installiert. Was musste denn da Furchtbares vorliegen? Stocker und Schily federführend für Stuttgart machten den Ankläger, den Richter und der Vollstrecker in einem, ehe die Gegenseite gehört wurde. Man organisiert in Berlin einen »Runden Tisch« zur Abwahl Grasserts und ähnliches, damit die Ereignisse sich überschlagen. So erzeugt man Ohnmachtsgefühle bei den Mitgliedern.

Aber schon bei erster besonnener Prüfung stellte sich heraus, dass mein Freund¹ Julian eine weitere Pleite hingelegt hat. Auf der Gesamtkonfe- ▶



renz der Arbeitszentren vor 14 Tagen haben alle AZ-Vertreter, die das Wort ergriffen, Grasserts Rehabilitierung gefordert. Gegenstimmen gab es keine. So scheiterte der Rufmord. Die Stuttgarter Kleingeister denken, ihre Schläge träfen das ferne Berlin; sie merken nicht, dass sie die Landesgesellschaft im Kern beschädigt haben.

Steht den Stuttgartern überhaupt zu, in die Berliner Verhältnisse einzugreifen?

Die anthroposophische Gesellschaft in Deutschland begründete sich nach dem Krieg als Arbeitsgemeinschaft autonomer Arbeitszentren. Die auch damals stark unterschiedenen Strömungen in der Bewegung machten eine sehr freiheitliche Verfassung notwendig. Anders hätten Steffenianer, Wegmanianer, Nachlassfreunde und die namhaften Persönlichkeiten, die zu keiner solchen Gefolgschaft gehören wollten, gar nicht zusammenarbeiten können. Die deutsche Landesgesellschaft ist darauf gegründet, dass ihre Funktionäre den Arbeitszentren in keiner Weise in die geistige Ausrichtung hinein regieren. Deshalb hatte die Gesellschaft auch keinen Vorstand, sondern ein »Arbeitskollegium«. Da ging es um das Zusammenarbeiten als Kollegen. Diese Arbeit konnte die Wunden heilen und die zersplitterte Gesellschaft wieder vereinigen, so sehr vereinigen, dass man dachte,

a) man würde nie mehr ernstlich die Dinge so gar verschieden sehen und

b) immer weitherzig genug sein, um auch mit sehr sehr verschiedenen Haltungen darüber, was für die Anthroposophie gut ist, zusammenarbeiten zu können.

Viele Arbeitszentren betrieben Kulturhäuser, auch das Arbeitszentrum Berlin brachte es in den Siebzigern unter existenziellem Ringen zu einem eigenen Rudolf Steiner Haus.

Und dann kam eine Finanzamts-Idee auf:

Wenn jedes Haus seinen eigenen Trägerverein hat, müssen die dem Finanzamt gegenüber ihre Gemeinnützigkeit jeder einzeln nachweisen. Wenn wir alle, die wir uns doch so gut verstehen, die Häuser der Landesgesellschaft für 1,-DM überschreiben, dann erbringt Stuttgart für alle diesen Nachweis. Und wir haben mehr Zeit für die geistige Arbeit.

Gesagt, leider getan. Viele Spender in Berlin waren darüber sehr unglücklich. Natürlich hat

Stuttgart ausdrücklich eine rechtlich bindende Autonomieerklärung abgegeben, dass es sich **nie** in die geistige Arbeit im Arbeitszentrum einmischen würde.

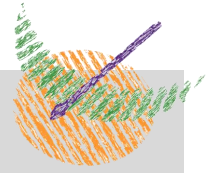
Außerdem steht es so auch groß und breit in der Satzung der Landesgesellschaft. Selbst, wenn die Stuttgarter Herren daran erinnert werden, spielt Recht für sie einfach keine Rolle. Narrativ-Erzwingung geht nicht nur vor Anstand sondern auch vor Recht. Stuttgart zwingt den Berlinern Leute als Funktionäre auf, die seit vielen Jahren alle Wahlen durch die Mitglieder in Berlin deutlich sprechend verloren haben. Stuttgart will festlegen, welche Redner nicht eingeladen werden dürfen, welche Bücher nicht auf dem Büchertische liegen dürfen, als hätten die Mitglieder keine Urteilstkraft.

Die Urteilstkraft aber muss im Anthroposophischen heilig sein. Sie ist das Organ, das das Menschenich mit der geistigen Welt verbindet. Hier findet der Angriff auf den Kern des anthroposophischen Lebens statt. Gelingt er, dann ist es mit dem Geist vorbei. Das anthroposophische Leben, das müssen wir verteidigen.

Wer sich als Mitglied dieser Gesellschaft selber ernst nimmt, kann ja auf der nächsten Mitgliederversammlung nur den Rücktritt des gesamten Vorstandes der Landesgesellschaft fordern. Die machiavellistischen Funktionäre ohne Herzensbildung Gerhard Stocker und Julian Schily sind so wenig tragbar wie ihre verbliebenen abnickenden feigen Beisitzer. (Christine Rüter [Hamburg] ist auch wegen der Unmöglichkeiten von Schily und Stocker am 4. Oktober aus dem Arbeitskollegium ausgetreten.)

Es entsteht die Frage, wofür die anthroposophische Bewegung diesen Stuttgarter Wasserkopf überhaupt braucht, diese unmöglichen Personen, die ich weiss nicht wieviele hunderttausend Euro für einen Jahrmarkt auf dem Stuttgarter Schlossplatz ausgeben in einer bedrohlichen Zeit, in der die Kernanliegen geistesstark, herzkünftig und mit dem Mut zum Ganz-Alleine-Dastehen ergriffen werden müssten.

Machen wir es, wie es Ita Wegman in anderer bedrohlicher Zeit dringend vorschlug: Löst die überregionalen, die Großverbände auf. Die werden zu schnell zu Instrumenten um die Anthroposophen zu gängeln. Individualisiert euch als Menschen und als Einrichtungen, assoziiert ►



euch. Als Menschen: Besucht euch, trifft euch, bleibt zusammen! Als Institutionen: Werdet nicht kollektiv greifbar. Werdet an jedem Ort etwas anderes, eigenes. Und das heißt dann auch: Rettet die Steinerhäuser! Jedes einzelne auf seine Art. Da findet die wirkliche anthroposophische Arbeit statt. »Stuttgart« sollte die Häuser für je 1,-Euro an Berlin, Weimar und und wieder zurückgeben.

Die politisch herrschenden Narrative der Gesellschaft aufzuzwingen, das wäre 1935 ekelhaft gewesen, ekelhaft auch in der DDR und es ist heute nicht besser.

Ich habe in den 70er, 80er und 90er Jahren an den erweiterten Sitzungen des Arbeitskollegiums teilgenommen; für die deutsche Landesgesellschaft war ich 1998 2002 als Beauftragter für Gegnerfragen tätig. Die Entstehung des Rudolf Steiner Hauses Berlin ging mich existentiell an.

~ Dass die bloße Kundenanthroposophie von nun an darangehen werde, für ihr wirtschaftliches Weiterbestehen die Erkenntnisanthroposophie zu verraten, wurde von mir hier im Nachrichtenblatt bereits 2018 genauer beschrieben. Der Doppelgänger der Anthroposophie steht gegen ihr Ich auf.

~ Und, selbstverständlich: Auch in (ehemals) anthroposophischen Einrichtungen, deren Leitende schon ganz dem ahrimanischen Zeitgeist gehorchen, können Mitarbeiter wunderbare erkenntnisgetragene Arbeit leisten.

Anmerkungen:

- 1 Weiterführende Informationen zum Thema gibt es unter anderem in den Ausgaben Nr. 22 und Nr. 23 von **Ein Nachrichtenblatt** (15. Jg.), <https://einnachrichtenblatt.org/>
- 2 Julian und ich waren auf der gleichen Schule, wir haben mit anderen in Berlin ein Studentenhaus betrieben usw. ■

* * *

Organisatorisches

Unser Info-Archiv (alle Rundbriefe und mehr)

Alle bisherigen Rundbriefe sowie Informationen zur Sozialen Dreigliederung können bequem aus unserem **Archiv** (<http://www.3gliederung.de>) heruntergeladen werden.

Anmeldung zum Rundbrief

Wer unsere Rundbriefe beim Erscheinen als Zusendung per Mail erhalten möchte, kann sich in unseren E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen. Senden Sie hierzu bitte eine E-Mail-Nachricht an rundbrief@3gliederung.de mit dem Betreff **«Anmeldung Rundbrief»**.

Gleiches gilt für den gegenteiligen Fall mit dem Betreff **«Abmeldung Rundbrief»**

Impressum

Dieser Rundbrief ist eine Publikation mit Beiträgen zur «Dreigliederung des sozialen Organismus», die vom der Redaktion des «Rundbrief für Soziale Dreigliederung» erstellt wird.

Zur Redaktion gehören:

Germar Wetzler
Gryf Bailer
Karin Ghion-Hamadu
Nicholas Dodwell
Richard Smidt

Satz und Versand: Richard Smidt

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Richard Smidt, Kirchstr. 7a, 67360 Lingenfeld, Deutschland, Telefon +49 172 6505 645, Mail-Adresse rundbrief@3gliederung.de

Die Verantwortung für den Inhalt der Beiträge tragen die Autoren; sie sind nicht als Meinungsäußerungen der Redaktion anzusehen.

Bei Leserbriefen und Gastbeiträgen behalten wir uns Auswahl und Kürzung vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheinungsweise alle ein bis zwei Monate – Verbreitung über E-Mail-Verteiler – Weiterleitung als vollständiger Rundbrief an Interessierte erwünscht. Die Rundbrief-Erstellung erfolgt ehrenamtlich; die Pdf-Dateien sind kostenlos erhältlich.

Der Rundbrief sowie alle in ihm enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Autors und der Redaktion.

Wir danken allen, die uns Artikel zur Verfügung stellen oder entsprechende Hinweise geben. ■

* * *